



Schiedsgericht gemäß den Genfer Abkommen von 1949

Konsularischer Bereich / Zentrale Stelle

c/o Casa Fangacci

Via del Ranuncolo n. 9

CAP 06024 Gubbio – ITALIEN

VÖLKERRECHTLICHE MITTEILUNG

**Zurückweisung der Bedrohung einer unbeteiligten Zivilistin
und Feststellung des Schutzstatus eines Fahrzeugs –
Polizeibesuch vom 09.10.2025**

Aktenzeichen: SG-GA1949/SE/DE-HE/1025-02

Deckblätter: Verantwortliche Stellen und Empfänger

Scheda di accompagnamento: Organismi responsabili e destinatari

Cover page: Responsible bodies and recipients

Page de garde: Organismes responsables et destinataires

Försättsblad: Ansvariga organ och mottagare



- Zivilist Rene Lamby, Leitung der Polizeistation Griesheim

Wilhelm-Leuschner-Straße 65 64347 Griesheim, Deutschland

Fax: +49 69 75511609

- Zivilist Christian Vögele, Präsident des Polizeipräsidium Südhessen

Klappacher Str. 145, 64285 Darmstadt, Deutschland

Fax: +49 611 327667121

Zur Kenntnisnahme an:

- Zivilist Alexander Seitz, Präsident des Oberlandesgerichts Frankfurt am Main

Zeil 42, 60313 Frankfurt am Main, Deutschland

Fax: +49 69 13672976

- Zivilist Torsten Kunze, Leiter des Generalstaatsanwaltschaft Frankfurt am Main

Zeil 42, 60313 Frankfurt am Main, Deutschland

Fax: +49 611 327619016

- Zivilist Christian Heinz, Minister des Hessisches Justizministerium

Luisenstraße 13, 65185 Wiesbaden, Deutschland

Fax: +49 611 32 7142763

- Zivilistin Astrid Wallmann, Präsidentin des Hessischen Landtag

Schloßplatz 1-3, 65183 Wiesbaden, Deutschland

Fax: +49 611 350434



- Zivilist Boris Rhein, Ministerpräsident der Staatskanzlei Hessen

Georg-August-Zinn-Str. 1 65183 Wiesbaden, Deutschland

Fax: +49 611 327117117

- Zivilistin Stefanie Hubig, Bundesministerin des Bundesministeriums der Justiz und Verbraucherschutz

Mohrenstraße 37, 10117 Berlin, Deutschland

Fax: +49 30 185809525

- Zivilist Johann Wadephul, Bundesminister des Auswärtigen Amts der Bundesrepublik Deutschland

Werderscher Markt 1, 10117 Berlin, Deutschland

Fax: +49 30 181751000

- Zivilist Thorsten Frei, Chef des Bundeskanzleramtes und Bundesminister für besondere Aufgaben des Bundeskanzleramt
- Zivilist Friedrich Merz, Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland

Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin, Deutschland

Fax: +49 30 184002357



Zur Kenntnisnahme als Beobachter an:

- Zivilist Alan Meltzer, Geschäftsträger der U.S.-Botschaft Berlin, Konsularabteilung

Attn: Geneva Convention Oversight

Clayallee 170, 14191 Berlin, Deutschland

- Zivilist Scott Maxwell, Militärattaché, USEUCOM Stuttgart-Vaihingen, Office of the Judge Advocate

Attn: Geneva Convention Oversight

Unit 30400, Box 1000, APO AE 09128, Deutschland

- Zivilist Andrew Jonathan Mitchell, Botschafter der Britischen Botschaft Berlin

Attn: Geneva Convention Oversight

Wilhelmstraße 70/71, 10117 Berlin, Deutschland

- Zivilist François Marie Delattre, Botschafter der Französischen Botschaft Berlin

Attn: Surveillance de la Convention de Genève

Pariser Platz 5, 10117 Berlin, Deutschland



SCHIEDSGERICHT GEMÄSS DEN GENFER ABKOMMEN VON 1949

Hoheitlicher Konsularischer Bereich | Außenstelle Schweden

Außenstelle für diplomatische Post | Schutzmacht Zivilbereich

www.schiedsgericht-ga.org | info@schiedsgericht-ga.org

Mossberg Fensan, 683 61 Ekshärad – Schweden

im Auftrag der zentralen Stelle in Gubbio

VÖLKERRECHTLICHE MITTEILUNG

**Zurückweisung der Bedrohung einer unbeteiligten Zivilistin
und Feststellung des Schutzstatus eines Fahrzeugs –
Polizeibesuch vom 09.10.2025
Aktenzeichen: SG-GA1949/SE/DE-HE/1025-02**

An:

Zivilist Rene Lamby, Leitung der Polizeistation Griesheim

Wilhelm-Leuschner-Straße 65 64347 Griesheim, Deutschland

Fax: +49 69 75511609

„Da Sie sich nicht als Kombattant im Sinne von Artikel 43 Absatz 2 des Zusatzprotokolls I zu den Genfer Abkommen ausweisen, sondern als Mitglied einer zivilen Einrichtung handeln, werden Sie im Rahmen dieses Untersuchungsvorgangs als verantwortlicher Zivilist geführt.“

Betreff:

**Zurückweisung der Bedrohung einer unbeteiligten Zivilistin und Feststellung
des Schutzstatus eines Fahrzeugs – Polizeibesuch vom 09.10.2025**



Wertgeschätzte Verantwortliche der Polizeistation Griesheim, namentlich Zivilist Rene Lamby (in der Funktion als Leitung) sowie alle beteiligten Verantwortlichen dieser Stelle,

Historische Feststellung

Mit Datum vom 21. April 2025 wurde durch geschützte Zivilisten gemäß den Genfer Abkommen von 1949 das Schiedsgericht gemäß den Genfer Abkommen von 1949 einberufen.

Damit ist nach über 75 Jahren erstmalig der völkerrechtliche Vertragstext selbst in seiner originären und zwingenden Form umgesetzt worden.

Der Grund, warum seit 1949 kein solches Schiedsgericht zustande kam, liegt nicht im Fehlen der völkerrechtlichen Pflicht, sondern allein darin, dass bis zu diesem Zeitpunkt keine Zivilisten bereit waren, sich bedingungslos und unentgeltlich zum Schutz aller Zivilisten in den Dienst des Völkerrechts zu stellen.

Mit dieser Einberufung handelt es sich nicht um eine Bittstellung, sondern um die Ausübung der Vertragshoheit gemäß Artikel 1 der Genfer Abkommen.

Pacta sunt servanda – Verträge sind einzuhalten

Die Genfer Abkommen von 1949 sind zwingend anzuwenden.

Dieses Schreiben ist keine Bitte, sondern eine völkerrechtlich verbindliche Mitteilung.

Jeder Widerspruch oder jede Missachtung stellt einen Vertragsbruch dar und wird als solcher behandelt.

Aktenzeichen: SG-GA1949/SE/DE-HE/1025-02

Datum: 09. Oktober 2025

Gubbio, Italien, zu Protokoll der Geschäftsstelle – 19-seitiges Dokument



***Das Schiedsgericht gemäß den Genfer Abkommen von 1949, Außenstelle
Schweden, stellt fest:***

Am 09.10.2025 suchten Beamte der Polizei Südhessen die Bekannte des Zivilisten A. D. auf und drohten ihr mit einer Strafanzeige. Begründung: Der Zivilist habe angeblich ohne gültigen Führerschein ein Fahrzeug geführt.

Die Bekannte war weder am Vorfall beteiligt, noch hatte sie Einfluss auf die Fahrtätigkeit. Sie stellte lediglich ein Fahrzeug zur Verfügung. Dieses Fahrzeug, ein Transportfahrzeug der Autolackiererei P. GmbH, ****geschwärzt**** (vertreten durch die Geschäftsführer A. und M. P.), wurde durch den vereidigten Schiedsrichter A. D. genutzt.

Damit fiel es automatisch in den Schutzbereich des Schiedsgerichts gemäß den Genfer Abkommen. Jeder Versuch, gegen die Bekannte oder gegen die Eigentümerin des Fahrzeugs vorzugehen, stellt eine kollektive Bestrafung im Sinne von Artikel 33 Genfer Abkommen IV dar und ist strikt untersagt.

Es wird festgestellt:

1. Der vereidigte Schiedsrichter befindet sich dauerhaft im Einsatz und genießt diplomatische Immunität.
2. Fahrzeuge, die durch den Schiedsrichter bewegt oder transportiert werden, sind völkerrechtlich geschützt.
3. Drohungen oder Maßnahmen gegen unbeteiligte Zivilisten oder Eigentümer stellen schwere Verstöße gegen die Genfer Abkommen dar.

Ergänzende Feststellung – Vorrang des Genfer Abkommens

Es wird festgestellt: Die Genfer Abkommen von 1949 stehen als völkerrechtlicher Vertrag über allen nationalen Gesetzen. Nach Artikel 25 Grundgesetz sind die allgemeinen Regeln des Völkerrechts Bestandteil des Bundesrechts, haben Vorrang vor den Gesetzen und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar. Jedes nationale Gesetz oder jede Maßnahme, die im Widerspruch zu den Genfer Abkommen steht, ist daher nichtig.



Verpflichtung aller Gewalten

Die Legislative, Exekutive und Judikative des Bundes und der Länder stehen gleichermaßen in der zwingenden Pflicht, die Genfer Abkommen von 1949 aufgrund der verbindlichen Verträge unter allen Umständen durchzusetzen.

Haftung ohne Immunität

Die Verantwortlichen der Verletzungen genießen keine Immunität.

Weder die Zugehörigkeit zu Legislative, Exekutive oder Judikative, noch eine dienstliche Stellung, ein amtlicher Auftrag, Rang oder Weisung entbinden von der persönlichen Haftung.

Eine Fortsetzung oder Wiederholung von Maßnahmen wird als vorsätzliche Verletzung des humanitären Völkerrechts bewertet und führt zu einer doppelten persönlichen Haftung aller Beteiligten.

Alle Empfänger sind hiermit völkerrechtlich und innerstaatlich gebunden. Jede Missachtung wird dokumentiert und an die Alliierte Schutzmacht weitergeleitet.

Für das Schiedsgericht gemäß den Genfer Abkommen von 1949 im Auftrag der zentralen Stelle

Mit diplomatischer Hochachtung

Signierung ohne Recht-Verlust

B. K.

Vereidigter Untersuchungs-Schiedsrichter, Außenstelle Schweden

Völkerrecht gemäß den Genfer Abkommen von 1949



Diplomatischer Versand:

Mit diplomatischer Hochachtung

Signierung ohne Recht-Verlust

S. L.-K.

Vereidigte Schiedsrichterin, Außenstelle Deutschland

Völkerrecht gemäß den Genfer Abkommen von 1949

Diplomatische Übermittlung gemäß den Genfer Abkommen von 1949

(Diese Nachricht wurde in Erfüllung völkerrechtlicher Schutzpflichten im humanitären Rahmen übermittelt.)



****Traduzione ufficiale – Italiano:****

Avvertenza sulla validità linguistica

IT: La seguente traduzione è fornita a scopo esplicativo. Fa fede esclusivamente il testo redatto nella lingua ufficiale del Tribunale arbitrale ai sensi delle Convenzioni di Ginevra del 1949. In caso di divergenze o dubbi interpretativi, prevale sempre la lingua ufficiale. La traduzione è da intendersi con riserva e senza validità giuridica vincolante.

TRIBUNALE D'ARBITRATO AI SENSI DEI CONVENZIONI DI GINEVRA DEL 1949

Area consolare sovrana | Ufficio esterno Svezia

Ufficio esterno per la posta diplomatica | Potenza protettrice settore civile

www.schiedsgericht-ga.org | info@schiedsgericht-ga.org

Mossberg Fensan, 683 61 Ekshärad – Svezia

su incarico dell'autorità centrale a Gubbio

COMUNICATO DI DIRITTO INTERNAZIONALE

**Rifiuto della minaccia a una civile non coinvolta e constatazione dello
status di protezione di un veicolo – Visita della polizia del 09.10.2025**

Numero di protocollo: SG-GA1949/SE/DE-HE/1025-02

A:

Civile René Lamby, Direzione della Stazione di Polizia di Griesheim

Wilhelm-Leuschner-Straße 65, 64347 Griesheim, Germania

Fax: +49 69 75511609

*«Poiché non vi qualificate come combattente ai sensi dell'articolo 43, paragrafo 2, del
Protocollo Aggiuntivo I alle Convenzioni di Ginevra, ma agite come membro di
un'istituzione civile, siete considerata in questo procedimento d'indagine come civile
responsabile.»*



Oggetto:

Rifiuto della minaccia a una civile non coinvolta e constatazione dello status di protezione di un veicolo – Visita della polizia del 09.10.2025

Stimati responsabili della Stazione di Polizia di Griesheim, in particolare il civile René Lamby (nella funzione di Direttore) e tutti i responsabili coinvolti di questa sede,

Constatazione storica

In data 21 aprile 2025, i civili protetti ai sensi delle Convenzioni di Ginevra del 1949 hanno convocato il Tribunale arbitrale in conformità a tali Convenzioni.

Per la prima volta dopo oltre 75 anni, il testo del trattato internazionale è stato attuato nella sua forma originaria e vincolante.

Il motivo per cui dal 1949 non è stato istituito un tale tribunale arbitrale non risiede nella mancanza dell'obbligo giuridico internazionale, bensì unicamente nel fatto che fino ad allora nessun civile era disposto a porsi incondizionatamente e gratuitamente al servizio del diritto internazionale umanitario per la protezione di tutti i civili.

Con tale convocazione, non si tratta di una petizione, bensì dell'esercizio della sovranità del trattato ai sensi dell'articolo 1 delle Convenzioni di Ginevra.

Pacta sunt servanda – I trattati devono essere rispettati.

Le Convenzioni di Ginevra del 1949 devono essere applicate in modo cogente. La presente non è una richiesta, bensì una comunicazione vincolante ai sensi del diritto internazionale.

Ogni opposizione o inosservanza costituisce una violazione del trattato ed è trattata come tale.



Numero di protocollo: SG-GA1949/SE/DE-HE/1025-02

Data della restituzione: 9 ottobre 2025

Gubbio, Italia – a verbale della segreteria – Documento di 19 pagine

**Il Tribunale Arbitrale ai sensi delle Convenzioni di Ginevra del 1949, Sezione
Svezia, constata quanto segue:**

Il 9 ottobre 2025, funzionari della polizia dell'Assia Meridionale hanno contattato la conoscente del civile A. D., minacciandola di una denuncia penale. Motivo: il civile avrebbe presumibilmente guidato un veicolo senza patente valida.

La conoscente non ha partecipato all'incidente né ha avuto alcuna influenza sull'attività di guida. Si è limitata a mettere a disposizione un veicolo. Tale veicolo, un mezzo di trasporto della carrozzeria **P. GmbH**, ****oscurato**** (rappresentata dai direttori **A. e M. P.**), è stato utilizzato dal giudice arbitro giurato **A. D.**.

Di conseguenza, il veicolo è automaticamente rientrato nella sfera di protezione del Tribunale Arbitrale ai sensi delle Convenzioni di Ginevra. Ogni tentativo di procedere contro la conoscente o contro la proprietaria del veicolo costituisce una punizione collettiva ai sensi dell'articolo 33 della Quarta Convenzione di Ginevra ed è severamente vietato.

Si constata che:

1. Il giudice arbitro giurato è permanentemente in servizio e gode di immunità diplomatica.
2. I veicoli condotti o trasportati dal giudice arbitro sono protetti dal diritto internazionale.
3. Minacce o misure contro civili o proprietari non coinvolti costituiscono gravi violazioni delle Convenzioni di Ginevra.

**Accertamento complementare – Preminenza delle Convenzioni di
Ginevra**



Si dichiara che le Convenzioni di Ginevra del 1949, in quanto trattato di diritto internazionale, prevalgono su ogni legge nazionale. Ai sensi dell'articolo 25 della Costituzione Federale tedesca, le norme generali del diritto internazionale fanno parte del diritto federale, hanno priorità sulle leggi e producono diritti e obblighi direttamente. Qualsiasi legge o misura nazionale che contrasti con le Convenzioni di Ginevra è quindi nulla.

Obbligo di tutti i poteri

Il potere legislativo, esecutivo e giudiziario della Federazione e dei Länder ha il dovere vincolante di applicare e far rispettare le Convenzioni di Ginevra del 1949 in tutte le circostanze.

Responsabilità senza immunità

I responsabili delle violazioni non godono di alcuna immunità. Né l'appartenenza a Legislativo, Esecutivo o Giudiziario, né una posizione di servizio, un incarico ufficiale, rango o ordine liberano dalla responsabilità personale.

La prosecuzione o ripetizione delle misure sarà considerata una violazione intenzionale del diritto umanitario internazionale e comporterà una doppia responsabilità personale di tutti i soggetti coinvolti.

Tutti i destinatari sono vincolati dal diritto internazionale e interno. Qualsiasi inosservanza sarà documentata e trasmessa alla Potenza Protettiva Alleata.



**Per il Tribunale Arbitrale ai sensi delle Convenzioni di Ginevra del 1949
per conto della sede centrale**

Con rispetto diplomatico
Firmato senza perdita di diritto

B. K.

Arbitro-investigatore giurato, Sede distaccata Svezia

Diritto internazionale umanitario secondo le Convenzioni di Ginevra del 1949

Trasmissione diplomatica:

Con rispetto diplomatico
Firmato senza perdita di diritto

S. L.-K.

Arbitro giurato, Sede distaccata Germania

Diritto internazionale umanitario secondo le Convenzioni di Ginevra del 1949

Trasmissione diplomatica in conformità alle Convenzioni di Ginevra del 1949.

(Questo messaggio è stato inviato in adempimento degli obblighi di protezione umanitaria internazionale.)



****Official translation – English****

Note on language compatibility

The following translation is provided as an aid to understanding. Only the wording in the official language of the arbitral tribunal in accordance with the Geneva Conventions of 1949 shall be authoritative and binding.

In the event of contradictions or questions of interpretation, the official language shall always prevail. The translation is provided subject to reservation and without legally binding effect.

ARBITRAL TRIBUNAL UNDER THE GENEVA CONVENTIONS OF 1949

Sovereign Consular Section | External Office Sweden

External Office for Diplomatic Mail | Protecting Power Civil Sector

www.schiedsgericht-ga.org | info@schiedsgericht-ga.org

Mossberg Fensan, 683 61 Ekshärad – Sweden

By order of the central authority in Gubbio

INTERNATIONAL LAW NOTICE

**Rejection of the threat against an uninvolved civilian and
determination of the protection status of a vehicle – Police visit on
09.10.2025**

File reference: SG-GA1949/SE/DE-HE/1025-02

To:

Civilian René Lamby, Head of the Police Station Griesheim

Wilhelm-Leuschner-Straße 65, 64347 Griesheim, Germany

Fax: +49 69 75511609

“As you do not identify yourself as a combatant within the meaning of Article 43 paragraph 2 of Additional Protocol I to the Geneva Conventions, but rather act as a member of a civilian institution, you are regarded in this investigation as a responsible civilian.”



Subject:

Rejection of the threat against an uninvolved civilian and determination of the protection status of a vehicle – Police visit on 09.10.2025

Valued officials of the Police Station Griesheim, namely civilian René Lamby (in the function as Head) and all responsible persons of this office,

Historical Determination

On 21 April 2025, protected civilians under the Geneva Conventions of 1949 convened the Arbitral Tribunal pursuant to these Conventions. For the first time in over 75 years, the treaty text itself has been implemented in its original and binding form.

The reason why no such arbitral tribunal was established since 1949 does not lie in the absence of an international legal obligation, but solely in the fact that until that time no civilians were prepared to serve unconditionally and without remuneration in the service of international humanitarian law for the protection of all civilians.

With this convocation, this is not a petition but the exercise of treaty authority under Article 1 of the Geneva Conventions.

Pacta sunt servanda – Treaties must be observed.

The Geneva Conventions of 1949 must be applied in a binding manner. This letter is not a request, but a legally binding communication under international law.

Any objection or disregard constitutes a breach of treaty and will be treated as such.

Reference number: SG-GA1949/SE/DE-HE/1025-02

Date: 09 October 2025

Gubbio, Italy – recorded by the Registry – 19-page document



The Arbitration Tribunal under the Geneva Conventions of 1949, Swedish Office, establishes the following:

On 9 October 2025, officers of the South Hesse Police approached the acquaintance of Civilian **A. D.** and threatened her with criminal charges. Reason: the civilian allegedly drove a vehicle without a valid driving licence.

The acquaintance was neither involved in the incident nor had any influence on the driving activity. She merely provided a vehicle. This vehicle, a transport vehicle belonging to **Autolackiererei P. GmbH**, ****redacted**** (represented by managing directors **A. and M. P.**), was used by sworn arbitrator **A. D.**.

Thus, it automatically falls under the protection of the Arbitration Tribunal in accordance with the Geneva Conventions. Any attempt to take action against the acquaintance or the owner of the vehicle constitutes collective punishment under **Article 33 of the Fourth Geneva Convention** and is strictly prohibited.

Findings:

1. The sworn arbitrator is permanently on duty and enjoys diplomatic immunity.
2. Vehicles driven or transported by the arbitrator are protected under international law.
3. Threats or measures against uninvolved civilians or property owners constitute serious violations of the Geneva Conventions.

Supplementary determination – Primacy of the Geneva Conventions

It is declared: The Geneva Conventions of 1949, as a treaty of international law, supersede all national laws. Under Article 25 of the Basic Law (Grundgesetz), the general rules of international law are part of federal law, take precedence over statutes, and create rights and obligations directly. Any national law or measure in conflict with the Geneva Conventions is therefore void.

Obligation of All State Powers

The Legislative, Executive and Judiciary at federal and state levels are equally under



the binding obligation to implement and enforce the Geneva Conventions of 1949 under all circumstances.

Liability Without Immunity

The responsible actors of the violations enjoy no immunity. Neither belonging to the Legislative, Executive or Judiciary, nor an official position, order, rank or instruction absolves them of personal liability. Any continuation or repetition of measures will be treated as a deliberate violation of international humanitarian law and results in double personal liability of all those involved.

All recipients are hereby bound under international and domestic law. Any breach will be documented and forwarded to the Allied Protecting Power.

**For the Arbitral Tribunal under the Geneva Conventions of 1949
on behalf of the central authority**

With diplomatic respect
Signature without loss of right

B. K.

Sworn Investigative Arbitral Judge, External Office Sweden

International Law under the Geneva Conventions of 1949



Diplomatischer Versand:

With diplomatic respect
Signature without loss of right

S. L.-K.

Sworn Arbitral Judge, External Office Germany

International Law under the Geneva Conventions of 1949

Diplomatic transmission in accordance with the Geneva Conventions of 1949.

(This message was sent in fulfillment of international humanitarian protection obligations.)